



Projektland: Zentralamerika:
El Salvador - Honduras-
Guatemala

Quartal/Jahr: Januar bis März 2010

“Öffentliche Sicherheit und Wirtschaft in Zentralamerika: Themen,
die noch zu klären sind”

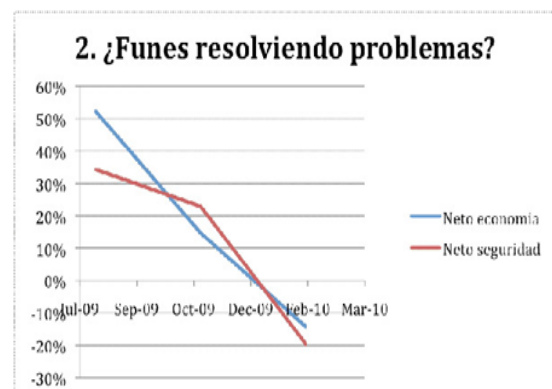
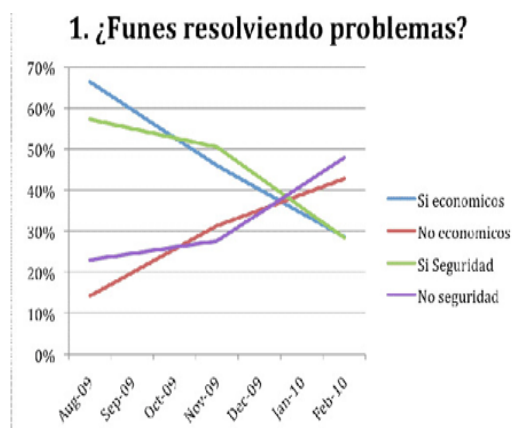
El Salvador: Präsident Funes - Amtsführung mäßig, Popularität ungebrochen
Honduras: In eineinhalb Monaten sind die Probleme nicht zu lösen
Guatemala: Ein trauriges Bild der fehlenden öffentlichen Sicherheit

Präsident Funes - Amtsführung mäßig, Popularität ungebrochen

Unter den Überschriften “Funes hat die Prüfungen des dritten Quartals bestanden” und “Bestanden: 74%”, hat die Tageszeitung “La Prensa Gráfica” das Ergebnis einer Umfrage zwischen dem 19. und dem 21. Februar veröffentlicht. Sie verdeutlicht die Unsicherheiten innerhalb der Bevölkerung bei Fragen rund um politische Themen sowie die Art und Weise der Berichterstattung und deren Auswirkungen auf die politische Realität des Landes. Die Umfrage vermittelt durchweg einen positiven Eindruck zur Amtsführung von Präsident Funes innerhalb des befragten Bevölkerungsquerschnitts.

74 % der Befragten erklärten sich teils oder durchaus einverstanden mit der Amtsführung des Präsidenten und bewerteten ihn im Durchschnitt mit 7,1 auf einer Skala von 1 bis 10.

(Überschrift der Schaubilder: “Löst Funes die Probleme?”)



Doch obwohl Funes als Hoffnungsträger gilt und innerhalb der Bevölkerung auf einen hohen Grad an Akzeptanz verweisen kann, zeigt die Umfrage dennoch sein Dilemma in den beiden zentralen Bereichen des Landes auf: Wirtschaft und öffentliche Sicherheit.

Wie aus Schaubild 1 ersichtlich wird, hat sich die Anzahl derer, die an den Präsidenten als Hoffnungsträger zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme glauben, von 66,4 % auf 28,6 % reduziert, was einem Rückgang um 37,8 Prozentpunkte entspricht. Parallel stieg die Quote der Zweifler an Funes' Kompetenz in Sachen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik von 14,2 % auf 42,8 % bzw. von 23 % auf 47,9 %.

Grafik 2 zeigt, dass die Zahl derer, die sich von Funes eine umfassende Lösung der wirtschaftlichen Probleme erhofften, von 52,2 % auf minus 14,2 % gefallen ist. Ein ähnlicher Trend ist im Bereich Sicherheit zu erkennen. Von einst 34,3 % stürzten die Umfragezahlen in den Keller und liegen aktuell bei minus 19,5 %.

Umso erstaunlicher ist es, dass Funes trotz dieser negativen Bilanz weiterhin über große Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung verfügt und seine Popularität seit August 2009 wieder um 3 % anstieg. Es gibt einen offensichtlichen Widerspruch zwischen der Popularität des Präsidenten einerseits und den Antworten auf die dringlichsten Themen andererseits.

In eineinhalb Monaten lassen sich Probleme nicht lösen

Nach eineinhalb Monaten unter der neuen Regierung ist genau das geschehen, was bereits vorherzusehen war: Die Kriminalität lässt sich nicht eindämmen. Es gibt weiterhin Entführungen, Raubüberfälle, Diebstähle, Todschläge, Drogenhandel, Korruption, Morde und weitere schwer wiegende Verbrechen. Das Gleiche wäre unter der Führung jeder anderen Partei geschehen, die die Macht übernommen hätte. Das Problem ist zu vielschichtig, schwerwiegend und chronisch, um allein durch einen Regierungswechsel gelöst werden zu können. Es braucht Zeit, umfangreiche wirtschaftliche Ressourcen und außergewöhnliche Anstrengungen, um die Auswirkungen des organisierten Verbrechens zu beschränken.

Vom ersten Tag an hat sich die neue Regierung mit der Verbrechensbekämpfung im Land auseinander gesetzt. Man versucht, sowohl internationale Verbindungen als auch gewöhnliche Verbrechen zu bekämpfen, indem Maßnahmen durchgeführt werden, die die organisierten Banden zum Teil empfindlich getroffen haben. Jedoch stehen zur Inhaftierung der Delinquenten keine ausreichend großen und vor allem nicht ausreichend gesicherten Verwahrungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Honduras – aussichtsloser Kampf im Drogenschungel?

Der über Honduras abgewickelte Drogenhandel hat zugenommen, was sich unter anderem auf die Tatsache zurückführen lässt, dass sich die Vereinigten Staaten bei der Verbrechensbekämpfung stark zurückhielten. Ein Anstieg von Gewalt, Kriminalität und organisiertem Verbrechen ist weltweit zu beobachten, wenngleich einige Nationen über die erforderlichen Mittel verfügen, um dagegen anzukämpfen. Anders im Falle Honduras'. Die Erklärungen des Staatssekretärs des Ressorts für Öffentliche Sicherheit zum aktuellen Zustand der mangelhaften öffentlichen Sicherheit, sorgten für eine erste Orientierungshilfe. Es wurde insbesondere die Notwendigkeit betont, die entsprechenden Gesetze zu verschärfen und bspw. lebenslange Haftstrafen für Morde zu verhängen. Gleiches soll künftig für Entführungen gelten.

Anlässlich des Festaktes am 1. März zum Regierungsantritt des neuen Chefs des Generalstabs der Streitkräfte, General Carlos Cuéllar, verdeutlichte Präsident Porfirio Lobo, dass ihm die fehlende internationale Anerkennung seiner Regierung weiterhin Kopfschmerzen bereite. In seiner Rede sagte Lobo, dass durch die Ausgrenzung seines Landes aufgrund des am 28. Juni 2009 erfolgten Staatsstreichs und anderer Krisen nicht er,

sondern in erster Linie das honduranische Volk getroffen würde. Lobo verpflichtete sich bei dieser Gelegenheit dazu, die in Frage gestellten Streitkräfte zu stärken, die durch ihre aktive Teilnahme am Staatsstreich am 28. Juni gegen Zelaya stark in Mitleidenschaft gezogen worden waren.

Gegen die Marginalisierung des Landes

Die Wichtigkeit, die Lobo der internationalen Anerkennung beimisst, spiegelt sich in der Petition wieder, die die Außenministerin der Vereinigten Staaten, Hillary Clinton, vor dem brasilianischen Kongress vortrug. Sie bekräftigte darin ihre Forderung nach internationaler Anerkennung des Landes unter der neuen Amtsführung Lobos. Die Vereinigten Staaten selbst haben die Regierung Porfirio Lobos anerkannt, doch mehrere Länder Lateinamerikas, darunter auch Brasilien, stehen dieser Forderung ablehnend gegenüber.

In Übereinstimmung mit einem Bericht des UNDP über die politische Perspektive in Honduras ist das Land - trotz der Akzeptanz Lobos durch 70 % der Honduraner - weiterhin ein geteiltes Land, vor allem in Bezug auf den Staatsstreich. Das Szenario der sozialen Konflikte könnte sich weiter zuspitzen, sofern nicht adäquate Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich ergriffen und soziale Reformen in Sachen Regierungsfähigkeit durchgeführt werden.

Die eineinhalb Monate Probezeit, in der die Regierung von der Theorie zur Praxis übergegangen und dabei in empfindlich nahen Kontakt mit der Realität gekommen ist, zeigt nicht nur Schwierigkeiten, sondern auch Lösungsansätze auf. Neue, innovative und internationale Bündnisse und Strategien zum Kampf gegen das organisierte Verbrechen sowie die Modifizierung der bestehenden Rechtsprechung sind Ziele der Regierung Lobos. Dazu benötigt er die Unterstützung der Bevölkerung, Kommunen und Bezirke.

Guatemala - ein trauriges Bild der öffentlichen Sicherheit

Die öffentliche Sicherheit ist eine der am stärksten empfundenen Forderungen der guatemalteckischen Bevölkerung. Der derzeitige Präsident der Republik hat noch während der Wahlkampagne zugesagt, diese zu verbessern. Nach fast 26 Monaten Regierungszeit haben bereits fünf Minister diese Abteilung durchlaufen. Die fehlende Stabilität in dieser Sache ist offenkundig.

Die gescheiterte Sicherheitspolitik, die bereits während der Regierung des Präsidenten Alvaro Colom initiiert wurde, hat weiterhin schwerwiegende Konsequenzen, u.a. auch im Tourismusbereich. Die Regierung Deutschlands hat sich dafür entschieden, die Bundesbürger auf die Risiken eines Besuchs Guatemalas hinzuweisen.

Die deutschen Warnungen reihen sich in eine Serie von Warnungen ein, die bereits zuvor von den Regierungen der Vereinigten Staaten und Spanien ausgesprochen wurden. Sie stellen Guatemala als einen fast gescheiterten Staat dar.

Damit einher geht ein geradezu niederschmetternder Schlag gegen die guatemalteckische Wirtschaft, denn nicht nur die Tourismusindustrie ist davon betroffen, sondern die gesamte Produktionskette der so genannten „Industrie ohne Fabriken“.

Die derzeitige Regierung zeigt sich davon jedoch unberührt und setzt weiterhin auf eine Politik von "Try and Error".

Die Statistiken der letzten zwölf Monate im Bereich der straffällig gewordenen Minderjährigen, zeigen weitere sich anbahnende Gefahrendimensionen auf. Zwei besonders schwerwiegende Aspekte rücken dabei in den Vordergrund: Der Anstieg um 110 % von Gerichtsverfahren gegen Jugendliche und deren aktive Teilnahme an Schwerverbrechen.

Dies ist kein exklusiv guatemaltekisches Phänomen. In Zentralamerika, insbesondere in Panama und El Salvador, löste dieser Trend Diskussionen über eine Herabsetzung der Strafmündigkeit aus. Mit der Begründung, dass damit sowohl die Verfassung als auch internationales Recht verletzt würden, verhinderte der salvadorianische Präsident diese Gesetzesänderung.

Fest steht, dass diese Probleme grenzübergreifende Dimensionen erreicht haben, denen man nur durch internationale, gemeinsame Anstrengungen und ohne die Verletzung der Souveränität eines einzelnen Landes Herr werden kann.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Ingrid Schlaffke de Escobar, Projekt Zentralamerika
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax.:+49 (0)89 1258-359
E-Mail: evaluierung@hss.de – Homepage: www.hss.de
Erstellt im April 2010